

Das Volkblatt
erschint jeden Freitag
mit dem
„Die Neue Welt“
wöchentlich erscheinende
Kultur- und Satireblatt
besitzt monatlich 10 Pf.
Schriftleitung:
Herrn Dr. G. Zerkow, 1068
Herrn Dr. G. Zerkow, 1068
Herrn Dr. G. Zerkow, 1068



„Die Neue Welt“
erschint jeden Freitag
mit dem
„Die Neue Welt“
wöchentlich erscheinende
Kultur- und Satireblatt
besitzt monatlich 10 Pf.
Schriftleitung:
Herrn Dr. G. Zerkow, 1068
Herrn Dr. G. Zerkow, 1068
Herrn Dr. G. Zerkow, 1068

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Merseburg, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 26. Juni 1917. (S. 2. S.)
Westlicher Kriegsausschlag.
Heeresgruppe Kronprinz. Ränge der Front
schmälerten sich die Kritrieren, stellenweise unter großem
Munitionseinfluß. Gegen die Infanterieeinrichtungen richtete sich
die Feuerwirkung nur in einzelnen Abschnitten, meist zur Ver-
breiterung von Erdarbeiten, die meistens auf Graben-
kämpfen führten.
Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Bei Saargail-
on lag hartes französisches Feuer auf den seit den Rämpfen
am 20. und 21. Juni seit in unserer Hand befindlichen Gräben.
Rud lebhaftem Feuerkampf griffen die Franzosen nordwestlich
des Gebietes Grotteville die von uns neuangewonnene Höhen-
stellung an. Der Gegner drang trotz hoher Verluste, die seine
Sturmwälle in unserem Feuer erlitten, an einigen Stellen
in unsere Linien. Sofort einsetzender Gegenangriff warf ihn
dem größten Teil wieder zurück. Die Kritrieren teilte vor
auch in anderen Abschnitten der Linie, und Gampagne-
front bei guter Sicht recht lebhaft. Ein eigenes Stützpunkt-
Unternehmen südlich von T. wurde führte zum beachtlichen
Erfolge.
Heeresgruppe Grotteville. Nicht Befestigen.
Kittlerer Fronten. Richtigkeiten hat in den beiden letzten
Tagen seinen 54, 55, und 56, 26. Juni. Ammerberg seiten
seinen 30. Gegner im Luftkampf besiegt.
Westlicher Kriegsausschlag.
Schwefellicht von 2. und zwischen 2. und 2. und 2. und 2.
hieß die ganze Kampfbreitigkeit an. Westlich wurden russische
Streifenstellungen verlegt.
Rasenbühnenfront. Die Lage ist unänderlich. In
Verlosungsebenen bestanden die Bulgaren die Oberhand.

Die „Friedenspolitik“ der Regierungssozialisten.

II.
Als die Fraktion am 24. November 1915 wieder aufzutreten
drängte, die Wiederkehr erneut darauf, daß der Reichs-
stänger über die Friedensfrage interpelliert und diese Frage in
der Fraktion zu erörtern werde. Gegen das letztere Ver-
langen sprachen Schulz, David, Ebert, Schiele und Bauer, der
da sagte:
„Die Friedensfrage ist ein theoretisches Ver-
bot, drängt die praktischen Arbeiterfragen voran“ und die hohe
Politik zurückstellte.
So wurde denn auch mit 48 gegen 24 Stimmen beschloffen.
Als die Friedensfrage dann am 20. November 1915 in der
Fraktion zur Verhandlung kam, beantragte die Opposition,
folgende Interpellation im Reichstag einzubringen:
„Ist der Herr Reichstänger zu sofortigen Friedensverhand-
lungen auf der Grundlage des Beschlusses der Annetions-
kommission jeder Art durch alle beteiligten Länder bereit?“
Gegen diesen Wortlaut liefen die Reichstänger Sturm und
verlangten die Ausmerzung der Frage nach der Bereitschaft
zu einem Frieden ohne Annetionen. David, Ebert, Richard
Fischer, Volkenshuh und Scheidemann beantragten für die
Interpellation folgenden hermissel Wortlaut:
„Ist der Herr Reichstänger bereit, Zustimmung darüber zu
geben, unter welchen Bedingungen er geneigt ist, in Friedens-
verhandlungen einzutreten?“
Scheidemann bekannte bei der Begründung:
„Wir können vom Gegner nicht fordern, öffentlich zu
sagen, daß er alles aus der Hand geben will. Mehreres hätte
ich neulich in Wien vom Genossen Berner sehr richtig sagen
hören können, wenn die Herren nicht so sehr schämen, die
mit Sozialismus und Demokratie nichts zu tun habe. Was
sollte man zum Beispiel mit Polen machen? Es sei doch eine
Angelegenheit, es zum selbständigen Staat machen zu wollen. Auch
die Polen hätten mit der Frage, „sollen Annetionen“ sei
nicht anzufragen.“
Scheidemann erklärte denn auch, daß die Resolution der
Minderheit mit 88 gegen 48 Stimmen abgestimmt und damit
seine eigene angenommen wurde. In der von Parteivorstand
herausgegebenen Broschüre „Ein Jahr sozialdemokratischer
Reichstagsarbeit im Krieg“ heißt es auf Seite 7, die Inter-
pellation der Minderheit sei
auf eine „hohe Demonstration“
hinangeführt, es sei aber darauf angekommen,
„dem Reichstänger nicht für zukünftige Friedensverhand-
lungen die besten Voraussetzungen zu schaffen“.
Und heute? Derselbe Argumentation der Minderheit
verwerfen die Regierungssozialisten von heute, ohne zu ver-
stehen, daß sie sie einst selbst vertreten haben. Als Scheid-
mann am 9. Dezember 1915 seine Interpellation begründet
hätte, erklärte der Reichstänger, er sei es ab, ein Friedens-
angebot zu machen, die Herren müßten dann kommen, denn
jetzt sei er zur Prüfung bereit, aber er müsse Garantien im Osten
und im Westen fordern usw. Im Namen aller bürgerlichen
Parteien verlangte der Zentrumsgewählte Spahn einen
Frieden mit „Wehrverweigerungen“, also mit Annetionen.
Der zweite sozialdemokratische Redner, Landsberg, stellte sich
laut und erhellend vorübergehend Spahn offene noch gegen
Wehmans verfechtete Annetionsforderung. Die Fraktion
billigte diese Sozialdemokratische hinterher mit 80 gegen 24
Stimmen, indem sie die einfache Stellungnahme verwarf, daß die
Fraktion mit Landsbergs Antwort auf die Kanakrede nicht
einverstanden sei.
Als kurz darauf die Fraktion beschloß, trotz Wehmans
Annetionsforderung im wieder 10 Milliarden neuer Kriegsschritte
zu bewilligen, da hielten es 20 Fraktionsmitglieder für un-
vereinbar mit ihrer sozialistischen Pflicht, sich länger durch
den zweiten sozialdemokratischen Redner, Landsberg, stellen
zu lassen. Am 21. Dezember 1915 stimmten sie öffentlich im Reichstag gegen
die Kriegsschritte und ließen
durch Geier eine begründende Erklärung
abgeben, in der es hieß:
„Wie wir Eroberungspläne, die von Regierungen und
Parteien anderer Länder aufgestellt werden, mit aller Kraft
bekämpfen, so werden wir uns mit derselben Entschlossenheit
auch gegen alle verhängnisvollen Schritte der Annetions-
politik unserer Landes, die in gleicher Weise wie jene das
schärfste Hindernis für die Einleitung von Friedensverhand-
lungen sind. Diese gefährliche Politik hat der Reichstänger,
als er für die sozialdemokratischen Interpellation das Wort
ergriff, nicht von sich geworfen, er hat ihr vielmehr Vorschub
geschieben und die Fraktion hat sich durch seine Unter-
stützung seiner Ausführungen ausdrücklich Wehr-
erwerbungen gefordert. Erfolgversprechende Friedensver-
handlungen sind aber nur möglich auf der Grundlage, daß
kein Volk verpackt, daß die politische und wirtschaftliche
Unabhängigkeit jedes Volkes gewahrt, daß allenfallsigen Er-
oberungsplänen jeder Art entgegen wird. Der deutsche
Regierung käme es zu, den ersten Schritt zum Frieden
zu tun. Von der sozialdemokratischen Fraktion ist es auf-
gefordert worden, den Gegnern ein Friedensangebot zu
machen. Der Reichstänger hat jedoch davon abgesehen.
... Ein (solche) Politik... durch unter parlamentarischen
Verhältnissen zu unterstützen, ist unmöglich. ... Wir lehnen
die Schritte ab.“
Dieses durch Willkür und Genossen diffamierte sozialistische
Bekanntnis trug den 20 Diffidenten ein Zettelwortum der Frak-
tionsmehrheit ein. Von jetzt an waren die Geister auch öffent-
lich geschieben, und die Arbeiterbewegung hat die Fraktion
nummer am 24. März 1916 auch öffentlich gegen die Annetion
und liehen ihre Haltung durch Worte mit einer Rede begründet.
Die Fraktionsmehrheit erklärte ihnen darauf wieder alle
Parteilichkeit mit 89 gegen 28 Stimmen die Fraktionsmehrheit
die Konstitutionen sich darauf unter dem Namen

Sozialdemokratische Arbeitergemeinschaft
als selbständige Fraktion im Reichstag.
In seiner Rede zum Reichstag wandte sich Geier mit besonde-
rem Nachdruck gegen die Annetionspolitik und forderte schlie-
ßlich Frieden ohne Vergegenwärtigung. Dabei wurde er unter
der lärmenden Zustimmung der Regierungsozialisten fortgesetzt
vom Reichstänger unterbrochen und ihm wurde dann sogar auf
Beschluss des Hauses das Wort entzogen, wofür die Führer der
Regierungssozialisten sich nicht entblödeten, mitzumischen.
Aber selbst im Reichstag der Mann gebrochen, die
Diskussion über die Kriegsschritte und die Friedensfrage war
nicht mehr zu beschließen, denn die neue Resolution ließ sich barter
einstimmig Einigung auferlegen. Ihre Redner benutzten in
Gegenteil jede Gelegenheit, im Reichstag die Annetionspolitik
zu bekämpfen und vom Reichstänger einen Verhängnis-
frieden ohne Steger und Besiegte zu fordern. Das fand im
Lande mächtigen Widerhall, und in der Folge um das schwin-
dende Ansehen und Vertrauen der bei den Volksmassen beugenen
sich nunmehr die Regierungssozialisten allmählich, ebenfalls
gegen die Annetionspolitik und für einen Verhängnis-
frieden einzutreten. So wurden sie durch den Druck der Ar-
beitergemeinschaft zurückgedrängt.
Als nun die russische Revolution überhand nahm und der
Botschafter Arbeiter- und Soldatenrat
die Friedensforderung prägte: Ohne Annetionen und
Kriegsschrittbedingungen, da mußten die deutschen Re-
gierungssozialisten wohl oder übel an die Regierung dieselbe
Forderung stellen, nachdem sie deren rückwärtsige Vertretung
im Reichstag und im Lande mehr als zwei Jahre lang mit
dem Fraktionsstänger und allen Witzeln anderer Welt ver-
hindert hatten. So ließen sie am 20. April 1917 endlich ihren
Parteilichkeit beschließen:
„Wir erklären unter Einverständnis mit dem Kon-
gress der russischen Arbeiter- und Soldatenrat, einen
gemeinsamen Frieden vorzubereiten, ohne Annetionen und
Kriegsschrittbedingungen, auf der Grundlage einer freien
nationalen Entscheidung aller Völker.“
Wir betrachten es daher als die wichtigste Pflicht der So-
zialdemokratischen Partei Deutschlands wie der Sozialisten
aller Länder, die Mandatsträger eines ehrenreichen Chauvinis-
mus zu bekämpfen, die Regierungen zum klaren Bescheid
auf jegliche Eroberungspolitik zu drängen und so rasch wie
möglich Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage herbei-
zuführen.“
Dieser Beschluß veranlaßte die konservative Reichstags-
fraktion, im Reichstag eine Interpellation gegen ihn einzu-
bringen. Dadurch sah sich nunmehr auch die sozialdemokratische
Fraktion genötigt, eine Gegeninterpellation im Sinne
des Beschlusses des Reichstages zu stellen, um die
Reaktion vom 15. Mai 1917 gegen „einmal in die Lar-
heit über die Kriegsschritte der deutschen Regie-
rung zu schaffen“. Schon am 6. Mai hatte dasselbe Wort
des Parteivorstandes gar trüblich geschrieben:
„Die politische Aufgabe der deutschen Arbeiter ist unter
diesen Umständen wohl klar. Sie müssen
den härtesten Druck auf ihre Regierung ausüben,
damit sie das unerbittliche Verdict nicht auf sich und der Welt
gegen die Dinge trüfflich liegen.“
„Gut geküßt, Löwe!“ Wie erfüllten aber die Regierun-
gen diese Aufgabe? Am 16. Mai wurden die beiden
Interpellationen im Reichstag verhandelt. Der Reichstänger
lehnte es ab, sich zu einem Bericht auf Annetionen jeder
Art zu erklären und beugte auf seine früheren annetions-
politischen Ausführungen zur Friedensfrage. Selbst der Vorwärts
mußte am 16. März ausgeben:
Wehmans Rede schließt die Möglichkeit nicht aus, daß
Deutschland Aufstand in einen Separatfrieden lösen sollte,
um dann nach Westen hin Eroberungen vorzunehmen...
und dieser Bericht ist heute das größte Hindernis für die
Beendigung des Krieges.“
So urteilt der Vorwärts des Parteivorstandes. Was er
tat dieser und noch tat die sozialdemokratische Reichstags-
fraktion, um „das größte Hindernis für die Beendigung des
Krieges“ aus dem Wege zu räumen, und den Kanak „zum
klaren Bescheid auf jede Eroberungspolitik zu drängen? Worin
besteht der härteste Druck? Wird den härtesten Worten jetzt
endlich eine energische Tat folgen? Wird
das unwürdige Schauspiel und Genespiel
jezt aufhören? Ach nein! Es bleibt alles beim Alten! Die
Regierungssozialisten werden nicht in eine grundsätzliche Opposi-
tion zur Regierung treten, sie werden in ihrer Geselligkeit
bleiben und ihr neue Kriegsschritte bewilligen. Um so lauter
oder werden sie Friedensbestimmungen ertönen lassen.
Kann aber das arbeitende Volk zu solchen Politiken noch
das geringste Vertrauen haben? Die Regierungssozialisten
haben jeden Anbdruck darauf verworfen, so radikal sie sich auch
früher geäußert mögen. Das arbeitende Volk darf und wird
sich von ihnen nicht täuschen und betören lassen. Es wird immer
früher erkennen, daß einzig und allein die Unabhängige Sozial-
demokratische Partei Deutschlands und ihre Vertretung im
Reichstag offen und unerschrocken die Volkswirtschaften beirrt
und einem Frieden ohne Annetionen und Kriegsschrittbedin-
gungen dient, indem sie jegliche Mittel zur Fortführung des
Krieges verweigert. Hier allein gebührt daher auch das Ver-
trauen der Arbeitermassen. Deshalb:
Hinein in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei!

Wiederzusammentritt des Reichstages.

Berlin, 26. Juni. Die nächste Auflösung des Reichstages
findet am Donnerstag, dem 6. Juli, nachmittags 3 Uhr, statt.
Auf der Tagesordnung steht die erste und ebenfalls zweite Ver-
einbarung der Reichstagsarbeiten. (S. 2. S.)

Von den Fronten.

Der W. S. wird mitgeteilt: Die militärische Lage
französisch sich gegenüber, daß auf allen Fronten
zurück zu erhalten ist, die es verdient. Das ist aber
nicht aus, daß die Engländer und Franzosen auf drückten
Unternehmungen führten, um einen Ausgleich in der einen
oder andern Stelle der Front zu ihren Gunsten herbeizuführen
und daß im großen und ganzen größere Ereignisse
nicht in der Welt zu erwarten sind, die sich aber noch
genauer abzeichnen. Am lebhaftesten sind die Vorbereitungen
zweifellos an der englischen Front im Gange,
und hier ist die gegenwärtige Stellung wohl zu einem Teile da-
durch begründet, daß wieder Ungewissungen vorge-
nommen werden. In diesem Zusammenhang ist anzuführen,
daß nunmehr auch die letzte Division französischer Truppen, die
nach an der Küste auf dem linken Flügel der belgischen Armee
stand, zurückgezogen worden ist. Das darf zunächst als ein
weiteres Zeichen dafür gelten, daß die Franzosen jeden Mann
auf ihrer Front brauchen, heißt aber andererseits gewiss auch mit
den ererbten Beweismitteln zu neuen Unternehmen in
Belgium. Die Propaganda für die neue Offensi-
ve ist in vollem Gange, und zwar sowohl an der russischen
Front, als auch im Westen, wo sich die Franzosen infolge
der schweren Verluste bei der Frühjahrsoffensive bis auf
weiteres wohl einermachen zurückziehen werden. Dem ist
die Umkehr zu neuen Unternehmen an der belgischen Front
schon material bei den Franzosen ist, wie sich immer deutlicher
zeigt, nicht gering und ging auch, um nur eines anzuführen,
aus der Haltung des französischen Kriegsministers in der
Sommer hervor, ferner neben Briefe darüber interessanter Auf-
schlüsse. Auch in Italien wird sich wohl durch neue An-
gelegenheiten zur Wiederaufnahme des Kampfes bereitfinden
lassen.

Schliffverhandlungen seit Kriegsbeginn.

Berlin, 25. Juni. Nach Bekanntgabe der Maßnahme unserer
Unterseeboote befreit sich der Seelaufverkehr der seit
Kriegsbeginn durch die Kriegsschiffe des Meeres um
der Mittelmeere verfahren feindlichen, so-
wie neutralen Handelschiffe auf 8 638 500
Tonnen; das sind fast 60 Prozent Tonnen mehr, als die
deutsche Handelsflotte bei Ausbruch des Krieges zählte. In
derselben Zeit wurden außerdem an britischen Kriegsschiffen
157 Einheiten mit einer Verdrängung von 622 000 Tonnen und
insgesamt 255 feindliche Einheiten mit 892 465 Tonnen ver-
nichtet. Dieser Verlust kommt dem Verlust der Kriegs-
schiffe der Vereinigten Staaten von Nord-
amerika zu Beginn des Krieges etwa gleich.
Berlin, 25. Juni. Die U-Boot-Erfolge im
Englischen Kanal, im Atlantischen Ozean und
in der Nordsee: 24 000 Tonnen. Unter den versenkten
Schiffen befanden sich ein englischer Frachtdampfer, ein großer
Fischeladener, durch vierzig geheimer englischer Zerstörer,
ein belgischer Dampfer von 6000 Tonnen, Ladung
aussehend Erdöl, der aus Belgien herangeschleppt wurde.
(Amfisch.)
Berlin, 25. Juni. Unsere Mittelmeer-Untersee-
boote haben neuerdings 10 Dampfer und 9 Geier von ins-
gesamt 28 580 Tonnen versenkt. Unter diesen befanden sich
der englische Dampfer Dampfer Allington, 1590 Tonnen,
der italienische Dampfer Dampfer Fero, 6577 Tonnen, und
ein unbekannter feindliches Schiff von 4000 Tonnen. Die
Ladungen der versenkten Schiffe waren für Öfen der Entente
bestimmt und enthielten 9400 Tonnen Kohle, 7100 Tonnen
Eisen, 8000 Tonnen Treiböl, ferner Schokolade, Olivenöl,
Schwefel, Salz, Wein, Benzin und Schweißmittel. (Amfisch.)

abgegeben, in der es hieß:
„Wie wir Eroberungspläne, die von Regierungen und
Parteien anderer Länder aufgestellt werden, mit aller Kraft
bekämpfen, so werden wir uns mit derselben Entschlossenheit
auch gegen alle verhängnisvollen Schritte der Annetions-
politik unserer Landes, die in gleicher Weise wie jene das
schärfste Hindernis für die Einleitung von Friedensverhand-
lungen sind. Diese gefährliche Politik hat der Reichstänger,
als er für die sozialdemokratischen Interpellation das Wort
ergriff, nicht von sich geworfen, er hat ihr vielmehr Vorschub
geschieben und die Fraktion hat sich durch seine Unter-
stützung seiner Ausführungen ausdrücklich Wehr-
erwerbungen gefordert. Erfolgversprechende Friedensver-
handlungen sind aber nur möglich auf der Grundlage, daß
kein Volk verpackt, daß die politische und wirtschaftliche
Unabhängigkeit jedes Volkes gewahrt, daß allenfallsigen Er-
oberungsplänen jeder Art entgegen wird. Der deutsche
Regierung käme es zu, den ersten Schritt zum Frieden
zu tun. Von der sozialdemokratischen Fraktion ist es auf-
gefordert worden, den Gegnern ein Friedensangebot zu
machen. Der Reichstänger hat jedoch davon abgesehen.
... Ein (solche) Politik... durch unter parlamentarischen
Verhältnissen zu unterstützen, ist unmöglich. ... Wir lehnen
die Schritte ab.“
Dieses durch Willkür und Genossen diffamierte sozialistische
Bekanntnis trug den 20 Diffidenten ein Zettelwortum der Frak-
tionsmehrheit ein. Von jetzt an waren die Geister auch öffent-
lich geschieben, und die Arbeiterbewegung hat die Fraktion
nummer am 24. März 1916 auch öffentlich gegen die Annetion
und liehen ihre Haltung durch Worte mit einer Rede begründet.
Die Fraktionsmehrheit erklärte ihnen darauf wieder alle
Parteilichkeit mit 89 gegen 28 Stimmen die Fraktionsmehrheit
die Konstitutionen sich darauf unter dem Namen

Hinein in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei!



